

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Christoph Deutschmann **3** Eurokrise und internationale Finanzkrise – Die Finanzialisierung der Wirtschaft als politische Herausforderung für Europa
- Elke Schenk **15** EU und Euro in der Krise – Perspektiven für ein anderes Europa?
- Max Danzmann **24** Stabilisierung des Euro durch Vollgeld?
- Eckhard Behrens **33** Staatliches Nebengeld – Damit Griechenland im Euroraum bleiben kann
- Helmut Woll **41** Ernst Friedrich Schumacher – ein Prophet der Mittleren Technologie
- Dieter Suhr † **49** Grundrechte gegen die Natur – Haftung für Naturgüter?
- 64** Bücher
- 79** 58. Mündener Gespräche in Wuppertal

Herausgeber: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Verlag: Verlag für Sozialökonomie
Rettberg-Gauke Verlags- und Medienservice
Christianspries 23, 24159 Kiel
Telefon: 0431-679 36 50 | Telefax: 0431-679 36 51
eMail: info@rettberg-gauke.de
www.gauke.net

Jahresabonnement

(4 Folgen, derzeit 2 Doppelfolgen jährlich):
20,00 EURO incl. MWSt. und Porto.

Ermäßigtes Jahresabonnement:

Schüler, Auszubildende, Studierende & Erwerbslose bei entsprechendem Nachweis 15,00 EURO incl. MWSt. und Porto. Abonnements verlängern sich automatisch um ein Jahr, wenn sie nicht bis 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums gekündigt werden.

Zahlungen stets erst nach Erhalt einer Rechnung!

Auslieferung und Inkasso: Schmidt & Klauinig
Ringstraße 19, 24114 Kiel
Telefon: 0431-66064 0 | Telefax: 0431-66064 24
h.stamp@schmidt-klauinig.de

Redaktion: Dipl. Ökonom Werner Onken
— verantwortlich —
Weitzstr. 15, 26135 Oldenburg
Telefon: 0 441 - 36 111 797 [AB]
eMail: onken@sozialoekonomie.info

Redaktionsschluss: Ende Februar bzw. Ende August für die jeweils im April bzw. Oktober erscheinenden Doppelhefte.

Gewinnabsichten sind mit der Herausgabe nicht verbunden.

Die Zeitschrift dient dem Meinungs austausch über gesellschaftliche und wirtschaftliche Zeitfragen.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren selbst verantwortlich.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlages.
Für unverlangte Manuskripteinsendungen wird keine Haftung übernommen.

Die Texte in unserer Zeitschrift sind hinsichtlich der Rechtschreibung leider vorläufig noch genauso unterschiedlich wie die derzeitige diesbezügliche Situation im deutschsprachigen Raum.
Wir bitten Sie um Verständnis dafür.

© Copyright by
Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e. V.,
Hamburg
Printed in Germany

"Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung"

1. Vorsitzender: Ass. jur. Fritz Andres
Dhaunerstr. 180, 55606 Kirn
Telefon/Telefax: 0 67 52-24 27
eMail: fritz.andres@gmx.de

2. Vorsitzender: Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Berlin
www.stiftung-geld-boden.de

Die "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung" wurde 1973 als "Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit" gegründet und erhielt 1997 ihren jetzigen Namen. Sie hat ihren Sitz in Hamburg und wurde vom Hamburger Senat als gemeinnützig anerkannt.

§ 2 ihrer Satzung lautet: "Die Stiftung fördert die Wissenschaft auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in bezug auf das überkommene Geldwesen und ein modernes Bodenrecht. Sie verbreitet die Ergebnisse ihrer Forschung durch Wort und Schrift. Sie unterstützt gleichgerichtete, als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen."

"Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V."

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Dirk Löhner
2. Vorsitzender und Geschäftsführer:
Dipl.-Volkswirt Ass. jur. Jörg Gude
Geschäftsstelle:
Wiedel 13, 48565 Steinfurt
eMail: joerggude@aol.com

www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Erkenntnisgewinn wird bislang noch vielfach durch mächtige Gruppeninteressen und in zunehmendem Maße auch durch rechts- und linksextremistische Ideologien fehlgeleitet. Im Gegensatz dazu hat sich die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft das Ziel gesetzt, ordnungspolitische Grundlagen für eine sozial- und umweltverträgliche Marktwirtschaft sowie für eine freiheitliche Demokratie zu erarbeiten. Sie bekennt sich zu den Grundsätzen:

- der Respektierung der Würde und Rechte aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion,
- der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit im Rahmen der Verantwortung eines jeden Menschen für sich und die Allgemeinheit,
- des Eigentums an selbst erarbeiteten Gütern,
- einer freien, weder durch Monopole und Machtinteressen noch durch protektionistische Schranken verfälschten Marktwirtschaft,
- der Achtung vor der natürlichen Umwelt als einem Gemeinschaftsgut,
- der Verständigung zwischen Menschen und Völkern in einer weltoffenen Zivilgesellschaft,
- des Strebens nach innerem und äußerem Frieden.



Liebe Leserin und lieber Leser,

die Erweiterung der Europäischen Union um ehemals kommunistisch regierte Länder Mittel- und Osteuropas wurde in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts als großer Schritt auf dem Weg zur Vollendung einer gesamteuropäischen Friedensordnung gefeiert. Spätestens seit dem Beginn der internationalen Finanzkrise im Jahr 2008 wurde jedoch sichtbar, dass es sich beim Projekt Europa und seiner Gemeinschaftswährung schon seit seinem Beginn um ein schwieriges Unterfangen handelte: nämlich um den Versuch, mit ungelösten Problemen der eigenen Verfassung und einer unvollkommenen Gemeinschaftswährung innerhalb einer ungerechten und instabilen Weltwirtschaft eine europäische Insel der Stabilität zu schaffen.

Inzwischen haben die vielschichtigen realen Krisen die Strahlkraft der Vision Europa verringert. Die internationale Finanzkrise setzte sich in Europa in einer Staatsschuldenkrise fort. Dieses Krisengemisch führte zu offenen Verstößen der Mitgliedsstaaten gegen die Vertragsgrundlagen der Gemeinschaftswährung und im Gefolge davon zu Zerreißproben, die nur mit milliardenschweren Rettungspaketen notdürftig vorübergehend bewältigt werden konnten. Auf dem viel beschworenen gemeinsamen europäischen Markt traten wieder nationalstaatliche Interessen zutage und in einem erschreckenden Ausmaß gewinnen quer durch Europa nationalistisch-rechtspopulistische Kräfte wie AfD und Pegida in Deutschland, der Front National in Frankreich usw. an Einfluss. An allen Ecken und Enden zeigen sich Auflösungserscheinungen wie der „Brexit“ in Großbritannien. Noch nicht gebannt ist die Gefahr eines Ausscheidens von Griechenland aus dem Euro („Grexit“). In der Ukraine schwelt der Bürgerkrieg weiter und auch in der Türkei nehmen gewalttätige Auseinandersetzungen besorgniserregende Ausmaße an.

Seit dem Sommer 2015 ist die krisenhafte Gemengelage in Europa in den Schatten der sog.

Flüchtlingskrise getreten, welche ihrerseits nicht zuletzt eine Folge der ungerechten kapitalistischen Weltwirtschaft ist. Krieg und Terror sind ihre unvermeidlichen Begleiter, die die Demokratie beschädigen und das Sicherheitsbedürfnis zulasten der Freiheit erhöhen.

Wie soll es unter diesen Umständen mit Europa weitergehen? Eine Rückkehr in die Zeiten unverbundener rivalisierender Nationalstaaten in Europa kann keine ernsthafte Option sein. Doch die bisherigen Formen der europäischen Einigung erweisen sich als brüchig. Allzu viel wirtschaftliche Interessen- und Machtpolitik wurde jahrzehntelang unter dem Deckmantel der europäischen Friedensidee betrieben. So wurden Europa und seine Institutionen zu einem Eldorado für eine bürgerferne Bürokratie und einen ungenierten Lobbyismus.

Wer nach dem Brexit überlegt, welche Voraussetzungen für eine Erfolg versprechende Fortsetzung des Projekts Europa geschaffen werden müssten, darf sich nicht mit kosmetischen Korrekturen am Mauerwerk oder am Dach dieses gemeinsamen Hauses begnügen. Vielmehr muss er bzw. sie das ökonomische Fundament gründlich sanieren. Neben pragmatischen Maßnahmen zur kurzfristigen Stützung des einsturzgefährdeten Hauses Europa braucht es ein Nachdenken über eine in sich stimmige, rechtsstaatliche, föderale und demokratische Verfassung Europas sowie eine gerechte Ordnung der Währung und des Finanzsektors. Beides könnte schließlich auch den Rechtspopulisten den Wind aus den Segeln nehmen. Deren Geschrei macht zwar vernehmbar, dass etwas nicht stimmt in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben. Aber verstanden haben sie die Ursachen ihrer Verunsicherung nicht und ihre Neigung, Flüchtlinge zu Sündenböcken zu machen, ist menschenverachtend.

Werner Onken

Gesell und Keynes über internationale Wirtschaftsbeziehungen

„In den Staaten der Internationalen Valuta-Assoziation wird das Geldwesen national bleiben, jedoch nach einheitlichen, für alle Verhältnisse, alle Entwicklungsstadien gültigen Grundsätzen verwaltet. ... Der IVA kann sich jeder Staat, auch außereuropäische, ohne weiteres anschließen. Der Austritt aus der IVA kann ebenfalls jederzeit erfolgen.“

Silvio Gesell, Internationale Valuta-Assoziation (1920), in: Gesammelte Werke Band 12, S. 186-188.

„Immer lauter erschallt der Ruf nach dem europäischen Zollverein. ... Europäische Zollunion heißt nichts anderes als der europäische geschlossene Handelsstaat. Wer den Frieden wirklich will, der fordere die Beseitigung aller Zollgrenzen, den Weltfreihandel, indem er damit beginnt, die eigenen Zollgrenzen niederzulegen.“

Silvio Gesell, Der vereinigte Unsinn von Europa (1926), in: Gesammelte Werke Band 16, S. 72-78.

„Wenn die Nationen lernen können, sich durch ihre Inlandspolitik Vollbeschäftigung zu verschaffen ... , braucht es keine wichtigen wirtschaftlichen Kräfte zu geben, die bestimmt sind, das Interesse eines Landes demjenigen seiner Nachbarn entgegenzusetzen. ... Internationaler Handel würde aufhören, das zu sein, was er ist, nämlich ein verzweifelttes Mittel, um die Beschäftigung im Inland durch das Aufzwingen von Verkäufen in fremden Märkten und die Einschränkung von Käufen aufrecht zu erhalten, der, wenn er erfolgreich ist, lediglich das Problem der Arbeitslosigkeit auf den Nachbarn schiebt, der im Kampf unterliegt.“

John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (1936), Berlin 1976, S. 322-323.

„Wir brauchen ein System, das über einen inneren Stabilisierungsmechanismus verfügt, durch den auf jedes Land Druck ausgeübt wird, dessen Zahlungsbilanz gegenüber der übrigen Welt in irgendeiner Richtung aus dem Gleichgewicht kommt, um Verschiebungen zu vermeiden, die bei den Nachbarländern eine gleich hohe, aber entgegengesetzte Fehlbilanz zur Folge haben müsste. ... Die Zentralbanken aller Mitgliedsstaaten ... würden bei der International Clearing Union Konten haben, die ihnen das Recht geben würden, ihre Devisenbilanzen untereinander zu ihrem Nennwert, definiert in Bancor-Einheiten, auszugleichen. Dieses Prinzip besteht im notwendigen Ausgleich von Guthaben und Schulden. Der Plan macht einen Anfang auf dem Weg in eine Neuordnung der zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen in der Welt unter den Nationen und zu einem ‚Gewinn des Friedens‘.“

John Maynard Keynes, International Clearing Union (1943), in: Collected Writings Vol. 25, Cambridge 1980, S. 168-195; deutsche Übersetzung auf der Website

http://www.postwachstumsoekonomie.de/wp-content/uploads/2008-12-10_Keynes-Bancor-Plan.pdf